

Kooperation der drei Freistaaten Thüringen, Sachsen und Bayern

„Gemeinsam stärker sein“

Die drei Freistaaten sind nicht nur Nachbarn, sondern verstehen sich auch als Partner und Freunde. Sie wollen daher „gemeinsam stärker sein“:

1. Ländlicher Raum

Die Freistaaten sind Flächenländer und geprägt vom ländlichen Raum. Wer den **ländlichen Raum** liebens- und lebenswert erhalten möchte, der muss ihn als attraktiven und leistungsfähigen Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum sichern, alle nötigen Einrichtungen insb. des Gesundheits- und Bildungswesens erreichbar halten und die Netzabdeckung verbessern. Grenzüberschreitend wollen wir neue Potenziale für eine zukunftsorientierte Entwicklung des ländlichen Raums nutzen – für die Menschen, die in ihm leben und arbeiten. Wir erwarten uns von der kommenden Bundesregierung ein **klares Bekenntnis zum ländlichen Raum**.

2. Wirtschaft

Die drei Freistaaten bilden einen wesentlichen Teil des **wirtschaftlichen Rückgrats** Deutschlands. Gemeinsam leisten sie knapp ein Viertel des deutschen BIP und stellen fast ein Drittel der deutschen Industriearbeitsplätze. Um diesen Erfolg fortzusetzen, braucht es endlich wieder die richtigen Rahmenbedingungen: Weniger Bürokratie, mehr Freiraum, keine Bevormundung, niedrigere Steuern. Wir brauchen mehr Mut zur Eigenverantwortung jedes Einzelnen und weniger staatliche Kontrolle. Nur so kann Deutschland auf den internationalen Märkten bestehen und seine Wirtschaftskraft wieder voranbringen.

Die Optik- und Glasindustrie sowie unsere starken Halbleiter- und Mikroelektronikstandorte wollen wir stärken.

Die Automobilbranche mit ihren rd. 350.000 direkt Beschäftigten in allen drei Ländern darf angesichts stockender Absatzzahlen und der Herausforderung durch neue Marktteilnehmer nicht zusätzlich belastet werden. Statt eines pauschalen Verbrennerverbots legen wir den Fokus auf technologische Innovation und Technologieoffenheit. Wir fordern eine rasche Überprüfung der Flottengrenzwerte schon 2025, Klarheit in der Ausgestaltung der Batterieverordnung und eine langfristig sichere Förderung der E-Mobilität. Wir wollen Fördermodelle unterstützen,

die den Erwerb von vorrangig in Deutschland produzierten Elektrofahrzeugen erleichtern.

Nicht zuletzt im Interesse der Wirtschaft wollen wir bei der Digitalisierung der Verwaltung die Nutzerfreundlichkeit für die Bürger, die Entlastung von Unternehmen sowie die Effizienz der Verwaltung in den Mittelpunkt stellen. Um den Fortschritt zu beschleunigen, streben die drei Freistaaten eine engere Zusammenarbeit ihrer Landes-IT-Dienstleister an. Zudem wollen wir die Digitalisierung auf kommunaler Ebene stärken, z. B. durch einfach einzusetzende Verfahren für Unternehmen und Bürger oder durch die Verwendung effizienter, interoperabler und sicherer digitaler Standards.

3. Anbindung nach Osten

Bei der **verkehrlichen Anbindung** an unsere östlichen Nachbarn Tschechien und Polen brauchen wir entschlossene Fortschritte. Unser Ziel ist eine vergleichbar gute Straßen- und Schienenanbindung nach Polen und Tschechien wie sie im Westen nach Frankreich und zu den Benelux-Staaten existiert, mit durchgängigem Ausbau und Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Strecken nach Tschechien und Polen (inklusive der Strecken nach Prag und Breslau). Dazu bedarf es der nötigen Vereinbarungen mit Polen und Tschechien und einer Finanzierung durch den Bund notfalls auch außerhalb des Bundesverkehrswegeplans. Wir wollen zugleich die Verbindungen zwischen den Freistaaten weiter ausbauen (Franken-Sachsen-Magistrale, Saale- und Werrabahn, Franken-Thüringen-Express).

4. Landwirtschaft

In der **Landwirtschaft** fordern wir die vollständige Rücknahme der Kürzung der Steuervergünstigung auf Agrardiesel. Ferner fordern die Freistaaten von EU und Bund finanzielle Hilfen für die Anschaffung moderner und effizienter landwirtschaftlicher Geräte sowie die gezielte Förderung alternativer Antriebe für mobile Maschinen. Wir wollen die Landwirtschaft entbürokratisieren und setzen uns gemeinsam für die Entlastung der Landwirte auf Bundes- und EU-Ebene ein. Bei der Bekämpfung von Tierseuchen wie der Maul- und Klauenseuche oder der afrikanischen Schweinepest wollen wir eng zusammenarbeiten. Wir fordern vom Bund mehr Einsatz bei Information und Marktbeobachtung: Eine breit angelegte Informationskampagne zeigt den Verbrauchern, wie sicher und gesund unsere heimischen Lebensmittel sind. Dasselbe gilt für Drittstaaten, damit diese die Märkte für unsere Lebensmittel wieder öffnen. Die EU muss Marktverwerfungen aktiv entgegentreten und für stabile Erzeugerpreise sorgen.

5. Energie

Die drei Freistaaten fordern eine **faire Energiepolitik** und Energieverteilung im Bund ohne regionale Benachteiligungen bei Strompreis und Trassenführung. Der entschlossene Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Ausbau leistungsfähiger Versorgungsnetze ist unabdingbar. Daher wollen wir uns in allen Fragen zukunftsfähiger Energieversorgung von Wind bis Wasserstoff, von Biogas bis zur Geothermie (inklusive Tiefengeothermie) und von Photovoltaik bis Kernkraft gegenseitig abstimmen und unterstützen.

6. Bekämpfung illegaler Migration

Mit über 1.750 km der Bundesgrenze und mehreren internationalen Flughäfen sind die Freistaaten zu einem erheblichen Anteil von der Frage der **illegalen Migration** betroffen und so als Stimme der Vernunft in der deutschen Migrationspolitik und im gemeinsamen Bestreben nach einem echten Richtungswechsel vereint:

- Die dringend gebotene Reduzierung illegaler Migration lässt sich nur durch konsequente Grenzkontrollen erreichen.
- Auch Zurückweisungen von Menschen nach Dublinregeln sind praktisch möglich und mit Blick auf die gegenwärtige Lage geboten.
- Straftäter und Gefährder sowie nicht bleibeberechtigte Geflüchtete müssen konsequent abgeschoben werden.
- Zudem müssen die (oft finanziellen) Anreize, nach Deutschland zu kommen, konsequent reduziert werden. Das setzt den Abbau von Sozialstandards für Asylbewerber an den EU-Durchschnitt voraus.
- Die irreguläre Migration nach Deutschland zu begrenzen ist nötig, um die Aufnahmefähigkeit unseres Landes nicht zu überfordern und gemeinsamer politischer Radikalisierung Einhalt zu gebieten.
- Die Freistaaten streben eine engere Kooperation zur Bekämpfung der illegalen Migration an.

7. Krisenmanagement

Die zunehmenden Hochwasser haben gezeigt: Eine engere Zusammenarbeit von **Feuerwehr und Katastrophenschutz** zwischen Thüringen, Sachsen, Bayern und Tschechien ist notwendig, um im Ernstfall gemeinsam handeln zu können. Angesichts sich verändernder lokaler wie globaler Gefährdungen streben die drei Freistaaten eine enge Zusammenarbeit von Feuerwehr, Katastrophenschutz und weiteren Teilen des Bevölkerungsschutzes wie dem Krisenmanagement und dem Schutz der kritischen Infrastruktur an. Wir setzen uns auch für die schnelle Umsetzung einer bundesweit einheitlichen **Pflichtversicherung für Elementarschäden**

ein, um Menschen vor den finanziellen Folgen von Extremwetterereignissen zu schützen.

8. Erinnerungskultur

Gemeinsam wollen wir die **Erinnerungskultur** ausbauen und unsere gemeinsame, aber auch zeitweise getrennte Geschichte stärker thematisieren. Die Gedenkstätten, die sich mit DDR-Unrecht und der deutsch-deutschen Teilung beschäftigen (z. B. Mödlareuth und Grenzturm Heinersgrün) sind eine gesamtdeutsche Aufgabe, an deren Finanzierung sich der Bund angemessen beteiligen muss.

9. Austausch mit Nachbarstaaten

An den Grenzen zu unseren Nachbarstaaten öffnet sich **Deutschlands Tor zum Osten**. Die drei Freistaaten streben einen verstärkten wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Austausch mit den östlichen Anrainerstaaten an und erwarten seitens des Bundes eine intensive Abstimmung der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik, um Wettbewerbsnachteile der deutschen Seite zu vermeiden.

10. Länderhaushalte

Die Verteilung der öffentlichen Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden muss aufgabengerecht sein. Den Ländern wurden in den vergangenen Jahren durch die Bundesgesetzgebung erhebliche neue Vollzugsaufgaben zugewiesen, häufig ohne dass dafür vom Bund ein angemessener finanzieller Ausgleich geschaffen wurde. Die drei Freistaaten betonen daher die **aufgabengerechte Finanzierung der Länderhaushalte** als Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit unseres Staates.

Die in den drei Freistaaten jeweils zuständigen Ministerien sind gebeten, die Absichtserklärungen dieser Kooperation in ihre tägliche Politik einzubinden.

Kronach, am 24. Januar 2025

Freistaat Thüringen

Freistaat Sachsen

Freistaat Bayern

Mario Voigt
Ministerpräsident

Michael Kretschmer
Ministerpräsident

Dr. Markus Söder
Ministerpräsident